



Wahlvertrag 07:

*Für eine familienfreundliche Schweiz
Für eine Schweiz mit Vollbeschäftigung
Für eine sozial sichere Schweiz
Für eine ökologisch nachhaltige Schweiz*

Ihre Stimme bewegt!

Liebe Wählerinnen, liebe Wähler!

Sie wählen am 21. Oktober 2007 ein neues Parlament. Sie entscheiden, welche Werte in unserem Land in Zukunft vorherrschen sollen. Wir stehen ein für Solidarität und Eigenverantwortung. Wir schaffen Perspektiven für alle Generationen. In unseren Augen sind sie alle wichtig. Mehr Lebensqualität bedeutet mehr Gemeinschaftssinn. Die Stärke unserer Gesellschaft misst sich am Wohl der Schwächsten. Unsere rechtsstaatliche Tradition prägt unser Handeln. Sie schützt die Würde aller Menschen. Wir engagieren uns gegen Jugendgewalt, für Recht und Ordnung, damit sich jeder frei entfalten kann. Wir engagieren uns für Integration und Chancengleichheit. Wir verhindern Parallelgesellschaften, welche die Menschenrechte (insbesondere diejenigen der Frauen, der Kinder und der verletzlichen oder behinderten Personen) einschränken und kulturelle Traditionen über unser Landesrecht stellen. Wir engagieren uns für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und eine ökologisch fortschrittliche Schweiz.

Diese Werte bringen unser Land vorwärts. In 9 von 10 Fällen stimmt das Volk an der Urne mit uns und im Parlament verschaffen wir die nötigen Mehrheiten. Wir bauen tragfähige Lösungen. 2003 haben wir in unserem Wahlvertrag viel versprochen und fast alles erreicht: Unsere Bilanz:

1. Familien entlastet

- Der Mutterschaftsurlaub ist verwirklicht und seit 1. Juli 2005 in Kraft.
- Neue Krippenplätze werden seit dem 1. Februar 2003 vom Bund gefördert. Wir haben das Programm bis 2011 verlängert.
- Familien mit unteren und mittleren Einkommen profitieren seit 1. Januar 2006 von halbierten Krankenkassenprämien für ihre Kinder.
- Am 26. November 2006 hat das Volk mit überwältigender Mehrheit Kinderzulagen von 200 Franken und Ausbildungszulagen von 250 Franken angenommen. Wir wollen, dass ab 2008 die Zulagen ausbezahlt werden.
- Die Diskriminierung Verheirateter bei der Ehegattenbesteuerung werden wir noch 2007 erheblich mildern. Auch hier muss das Gesetz so schnell als möglich in Kraft treten.

2. Arbeitslosigkeit gesenkt

- Erfolgreich haben wir den bilateralen Weg in drei Volksabstimmungen verteidigt. Die Früchte sind offene Märkte, boomender Export und Wirtschaftswachstum von über zwei Prozent jährlich. Nullwachstum und hohe Arbeitslosigkeit gehören der Vergangenheit an.
- Preistreibende Kartelle und Marktschranken innerhalb der Schweiz sind mit dem neuen griffigen Kartellrecht und dem Binnenmarktgesetz gefallen. Sinkende Preise im Grundbedarf, wachsende Inlandnachfrage und höhere Beschäftigungsquote sind die Folgen.
- Wir haben die Halbierung der bürokratischen Lasten angestossen: Zig bundesrechtliche Bewilligungen werden demnächst fallen.
- Aus Sorge um die Jugendarbeitslosigkeit haben wir im Februar 2003 eine "nationale Lehrstellenkonferenz" gefordert. Seither findet sie statt und macht erfolgreich Druck, damit sich die öffentliche Hand und private Unternehmen für mehr Lehrstellen engagieren.

3. Integration vorangetrieben, Missbräuche bekämpft

- Wir haben die Koordination der Asylpolitik mit der Annahme des Dubliner Erstasylabkommen am 5. Juni 2005 verbessert. Wer in Europa kein Asyl erhält, kann auch in der Schweiz kein Gesuch stellen. Die Zahl der Asylgesuche ist seither stark rückläufig.
- Mit der Annahme des Ausländerrechtes am 24. September 2006 wird eine bessere Integration der ausländischen Wohnbevölkerung erreicht.
- Die Ausländerpolitik wird auf den EU-Raum ausgerichtet: Mit den Staaten Europas gilt die Personenfreizügigkeit, die Zuwanderung von ausserhalb wird begrenzt.
- Wir haben die Verteidigung der elementaren Grundrechte in der verschärften Asylpolitik durchgesetzt und gewähren staatlich verfolgten Personen Asyl.

Wir haben unsere Versprechen gehalten! Die Polparteien haben blockiert und verhindert, sind aber spätestens vor dem Volk gescheitert. Wer die Pole wählt, verschenkt seine Stimme: Sie haben keine eigenen Zukunftsprojekte. Wer das Zentrum wählt, gestaltet die Zukunft! Schenken Sie uns Ihr Vertrauen: Wir verändern die Schweiz positiv und verantwortungsbewusst. Mit einer Stimme für die CVP helfen Sie uns, den "Wahlvertrag 07" ebenso konsequent zu verwirklichen wie unsere Forderungen von 2003. Unser Engagement gilt einer familienfreundlichen Schweiz, einer Schweiz ohne Arbeitslosigkeit, einer sozial und ökologisch nachhaltigen Schweiz. Lesen Sie selbst, wohin wir unser Land bis 2011 steuern wollen!

Wir danken Ihnen für Ihr Vertrauen, Ihre Unterstützung und Ihren Willen die Schweiz vorwärts zu bewegen!

Mit freundlichen Grüssen

Christophe Darbellay
Parteipräsident CVP Schweiz

Unser Wahlvertrag 2007:

1. Für eine familienfreundliche Schweiz

Wenn Kinder zum Armutsrisiko werden, hat unsere Gesellschaft ein Problem. Wer Kinder zur Welt bringt, verliert bis zu 40 Prozent seiner Kaufkraft beim ersten Kind und 60 Prozent beim zweiten Kind. Nicht nur die unteren Einkommen, sondern auch der Mittelstand spürt diesen Effekt. Familien werden mit unserem Steuersystem benachteiligt statt gefördert. Die Kinderbetreuung ist im Vergleich zu anderen Staaten nach wie vor schlecht organisiert. Immer neue Abgaben und Gebühren belasten die Familienbudgets erheblich: Krankenkassenprämien, Schulgeld für Musik-, Freifach- oder Sportangebote, einkommensabhängige Krippenprämien oder steigende Abfallgebühren sind einige Beispiele. Unser Land hat keine Strategie, diese Belastungen nachhaltig zu reduzieren. Wir schon:

1. Unser Ziel ist ein Steuersystem, welches der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Familien konsequent Rechnung trägt: Wer Kinder grosszieht und eine Kaufkraftreduktion akzeptiert, muss von einer erheblich geringeren Besteuerung profitieren. Steuergerechtigkeit muss durch einen besseren horizontalen Leistungs- und Lastenausgleich hergestellt werden.
2. Nahrungsmittel und Güter des täglichen Bedarfs dürfen nicht durch die kommende Mehrwertsteuerrevision künstlich verteuert werden. Wir sorgen dafür, dass diese Revision nicht auf dem Buckel der Familien gemacht wird.
3. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stellt für viele Mütter und Väter ein grosses Problem dar. Kinder im Vorschulalter haben das Recht auf eine Betreuung, auch auf eine ausserfamiliäre Betreuung. Alle Vierjährigen sollen bis spätestens 2009 Zugang zum Kindergarten oder zur Grundstufe haben. Für Kinder und Jugendliche im Schulalter soll bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit ein bedarfsgerechtes Angebot an Tagesschulen bestehen.
4. Der Jugendschutz und die Jugendförderung sind heute in der Schweiz nicht einheitlich geregelt. Viele Einzelbestimmungen verteilen sich auf x Gesetze. Wir fordern ein Jugendförderungs- und Jugendschutzgesetz.
5. Ältere Menschen, Familien mit Kindern und Jugendliche sorgen sich um die eigene Sicherheit: auf Pausenplätzen, in den Innenstädten, in den Quartieren oder im öffentlichen Verkehr. Polizistinnen und Polizisten leisten Überstunden im ganzen Land. In den kantonalen Corps fehlen einige Tausend Mitglieder. Wir nehmen diese Sorgen ernst. Wir wollen die bessere Überwachung sensibler Bereiche durch mehr sichtbare Polizeipräsenz. Dafür brauchen die Kantone mehr Mittel für die innere Sicherheit.
6. Zur Eindämmung der Jugendgewalt und zur besseren Integration aller Kinder und Jugendlicher wollen wir einen gesamtschweizerisch einheitlichen obligatorischen Menschenrechts- und Grundrechtsunterricht an den Schulen einführen. Er steht auf der Basis unserer Bundesverfassung und der Europäischen Menschenrechtskonvention.
7. Eltern und Erziehungsverantwortliche müssen für die Übernahme ihrer Verantwortung geschult werden, Elternbildung ist notwendig. Auch sollen sie Zugang zu Beratung und Begleitung haben und gezielt von Präventionsmassnahmen profitieren können. Eltern jeglicher Herkunft müssen in die schulische und gesellschaftliche Mitverantwortung eingebunden werden.
8. Der Spracherwerb der Kinder ausländischer Herkunft und ihrer Eltern muss gefördert werden. Ausländische Schülerinnen und Schüler, die mit unserer Sprache nicht vertraut sind, müssen vor der Eingliederung in die Regelklasse die Sprache erlernen und sich mit unseren Werten vertraut machen.
9. Die Bildungs- und Integrationschancen von Kindern ausländischer Herkunft schrumpfen massiv, wenn wir nicht auf die Verbindlichkeit der Lehrpläne pochen: Klassenlager, Turn- und Schwimmunterricht sind für alle obligatorisch.
10. Tausende ausländischer Mütter sind in unserem Land schlecht oder gar nicht integriert. Wir wollen diesen Zustand ändern. Wir binden diese Zielgruppe besser in den Schulalltag der Kinder ein, forcieren ihren Spracherwerb und verbessern ihre Teilnahme am sozialen Leben. Das Gleichstellungsbüro muss seine Anstrengungen vermehrt auch auf die Integration ausländischer Mütter und Frauen ausrichten.

2. Für eine Schweiz mit Vollbeschäftigung

Arbeit schaffen ist das Ziel unserer Wirtschaftspolitik. Mehr und neue Unternehmen müssen sich in der Schweiz niederlassen. Wir halten die Schweiz an der Weltspitze: Offene Exportmärkte, ein flexibles Arbeitsrecht, Innovationskraft, ein international attraktives Steuerklima, erstklassige Infrastrukturen und ein erstklassiges Bildungsniveau sind die Erfolgsfaktoren. Unser Plan für Arbeit und Beschäftigung:

1. Unsere Preise liegen weit über dem europäischen Durchschnitt. Wir sorgen für tiefere Preise für die Konsumentinnen und Konsumenten, indem wir Produkte aus der EU auch in der Schweiz zulassen. Wir schützen mit Sonderregelungen ökologische Anliegen und sorgen dafür, dass einheimische Produzenten auch ohne Schranken in die EU exportieren können.
2. Für unsere Wirtschaft ist der offene Marktzugang das A und O. Deshalb sichern wir die Erfolge des bilateralen Wegs auch für die Zukunft ab. Wir sagen JA zur Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit der EU nach 2009. Wir sind bereit, die Personenfreizügigkeit mit entsprechenden Übergangsfristen auch auf Rumänien und Bulgarien auszudehnen.
3. Brüssel mischt sich mehr und mehr in die kantonale Steuerhoheit ein und will diese beschränken. Dafür haben wir kein Verständnis: Wir wollen einen gesunden Steuerwettbewerb unter den Kantonen erhalten und wahren die Steuerhoheit der Schweiz.
4. Wenn die erste Erfahrung von Jugendlichen im Arbeitsmarkt darin besteht, korbweise Absagen zu erhalten und dauerhaft arbeitslos zu sein, schaffen wir uns ein soziales Problem ersten Ranges. Gute Unternehmen bilden

- Lehrlinge aus und engagieren sich in der Ausbildung. Die öffentliche Hand muss mit gutem Beispiel vorangehen und sich durch ein Lehrstellenangebot engagieren.
5. Unternehmensethik muss gelebt werden. Lohnpolitik ist Sache der Sozialpartner und der Aktionäre. Wir fordern Transparenz, Corporate Governance und lehnen überrissene Abgangsentschädigungen und "goldene Fallschirme" für das obere Kader der Unternehmen ab. Wir verhindern aber auch die Abwanderung von Konzernsitzen und den Verlust von Arbeitsplätzen indem wir gegen staatlich fixierte Maximallöhne antreten.
 6. Wir stehen in einem weltweiten Wettbewerb als Standort für Unternehmen mit ihren Arbeitsplätzen. Wir wollen neue Unternehmungen in die Schweiz holen und richten uns bei der Unternehmensbesteuerung nach den besten Staaten aus. Wir schaffen Hürden bei der Unternehmensnachfolge ab und heben Doppelbesteuerungen auf. Wir unterstützen die Revision der Unternehmensbesteuerung.
 7. 7 Milliarden Franken bezahlt unsere Wirtschaft für Administrativlasten. Wir sorgen für massive Erleichterungen im Behördenverkehr: Wir führen ein einheitliches Unternehmensregister ein (für die Sozialversicherungen, die Mehrwertsteuern, das Handelsregister, etc.), sorgen für die elektronische Signatur und halbieren die Administrativlasten der Unternehmen – insbesondere der KMU.
 8. Bei der Mehrwertsteuer versteht niemand mehr die Praxis und das Gesetz selber. Der Vollzug ist ein einziges Ärgernis. Wir wollen eine schnelle Revision: Wir schaffen mehr Rechtssicherheit für die Unternehmen und reduzieren den Verordnungsdschungel auf ein überblickbares Mass.
 9. Wer Arbeit verteuert, schafft Arbeitslosigkeit. Wir sorgen für tiefe Lohnnebenkosten: Wo für Sozialversicherungen nicht ausschliesslich Lohnprozente für die Finanzierung vorgesehen sind, verzichten wir auf deren Erhöhung. Für die Invalidenversicherung darf es keine neuen Lohnprozente geben!
 10. Die digitale Zukunft hat längst begonnen. Datenautobahnen sind die Autobahnen der Zukunft. Wir halten mit dieser Entwicklung Schritt und investieren in Kommunikations- und Informationstechnologien. Wir setzen auf e-Government und die Schrittmacherfunktion des Staats.

3. Für eine sozial sichere Schweiz

Die Wirtschaftswelt verlangt von den Menschen in unserem Land immer mehr Leistung, mehr Mobilität, permanente Aus- und Weiterbildung, Reformfreude und die Anpassung an sich schnell wandelnde Rahmenbedingungen. Die Menschen in unserem Land sind bereit, diesen Einsatz zu bringen. Im Gegenzug müssen wir ihnen aber auch Sicherheit bieten: Unser Sozialsystem ist für uns keine "Hängematte" aber auch kein "Löchersieb". Es strahlt jene Wärme und Sicherheit aus, die notwendig ist, um die Risiken und Herausforderungen der neuen Arbeitswelt zu bewältigen. Unser Plan für die soziale Sicherheit:

1. Der ständige Anstieg der Krankenkassenprämien ist ein Ärgernis. Nur mehr Wettbewerb kann die Kostenspirale bremsen: Wir wollen die freie Spitalwahl über die Kantonsgrenzen hinaus, alternative kostensenkende Versicherungsmodelle und die elektronische Gesundheitskarte bis 2010 einführen.
2. Wir sichern Rentenalter 65 für Mann und Frau. Wir schaffen für besonders tiefe Einkommen und in besonders harten Branchen die Möglichkeit, sich früher pensionieren zu lassen. Für ältere Menschen müssen auch Pensenreduktionen und Teilzeitarbeit attraktiver ausgestaltet werden. Wir beseitigen alle Hürden auch im BVG und Nachteile für jene, die freiwillig länger arbeiten wollen.
3. Wir fordern neue Teilzeitarbeitsmodelle für Kader, für Männer, für ältere Arbeitnehmer, für Wiedereinsteigerinnen, welche diese bei den Rentenleistungen nicht über Gebühr benachteiligen.
4. Wir heben die Benachteiligungen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt auf: Die Leistungen der Arbeitgeber für die berufliche Vorsorge sind heute bei Älteren zu hoch: Wir wollen einen linearen und gleichen Beitragssatz für die Arbeitgeber – unabhängig vom Alter der Angestellten.
5. Investitionen in die Aus- und Weiterbildung müssen attraktiver werden. Wir fordern, dass berufliche Aus- und Weiterbildungskosten der Steuerpflichtigen nach abgeschlossener Erstausbildung bis zu einem zu definierenden Höchstbetrag von den steuerbaren Einkünften abgezogen werden können.
6. Wir unterstützen die Revision der Invalidenversicherung. Die Wiedereingliederung muss im Zentrum stehen; Renten dürfen nur von unabhängigen Ärzten autorisiert und gesprochen werden. Die Schulden und Defizite der IV wollen wir mit einer befristeten Mehrwertsteuererhöhung abbauen. Güter des täglichen Bedarfs sind dabei ausgenommen.

4. Für eine ökologisch nachhaltige Schweiz

Die Klimaerwärmung ist ein Fakt. Für unser Land wird sie auch zur wirtschaftlichen Bedrohung: Wenn in schneesicheren Skigebieten die Wiesen grün bleiben, drohen Milliardenverluste im Tourismus. Wenn immer mehr verheerende Unwetter unsere Städte und Dörfer verwüsten, werden wir bald einen Versicherungsprämienschub erleben. Das Beispiel des Katalysators zeigt: Wir kommen im Umweltschutz nicht allein mit Lenkungsabgaben aus. Es braucht auch Verbote. Umweltschutz bietet wirtschaftliche Chancen: Wir investieren in neue Technologien, die weltweite Nachfrage finden werden. Unser Plan für bessere Luft und eine ökologischere Schweiz:

1. Aus unserem Land fließen jährlich Milliardenbeträge in die erdölfördernden Länder ab. Wir reduzieren unsere Abhängigkeit vom Ausland von nicht-erneuerbaren fossilen Energieträgern. Wir sorgen für Entlastung beim CO₂-Ausstoss, verankern die CO₂-Abgabe für die Zukunft und führen die Kyoto-Ziele auch nach 2012 fort.
2. Bei Neubauten und Totalanierungen muss der Energieeffizienz oberste Priorität beigemessen werden. Wir wollen den Minergie und den Minergie P Standard bis 2012 verbindlich festlegen.

3. Wären unsere Haushaltgeräte bei Nichtgebrauch vollständig abgestellt und nicht im Stand-by-Modus, könnten wir massiv Energie sparen. Hier braucht es technische Vorschriften. Mittelfristig ist auf eine Zulassung von Geräten, welche nicht zur verbrauchsarmen Energieklasse A gehören, gänzlich zu verzichten.
4. Die Fahrzeugtechnologie hat sich in den letzten Jahren erheblich weiterentwickelt. Wir stehen deshalb für eine Erhöhung der Importzölle für "Benzinfresser" ein und fordern eine Partikelfilterpflicht für alle neu importierten Dieselfahrzeuge. Mit entsprechenden Übergangsfristen ist gänzlich auf die Zulassung von Dieselfahrzeugen ohne Partikelfilter zu verzichten, analog der Einführung des Katalysators. Wir verbessern die Luftqualität und reduzieren den CO₂-Ausstoss.
5. Wir verbieten Lastwagen den Alpentransit auf der Strasse, die zu den besonders umweltschädlichen Kategorien EURO 0 und EURO 1 gehören.
6. Wir verlangen ein Zusatzabkommen zum Landverkehr mit der EU, welches höhere Abgaben für den Transitschwerverkehr erlaubt, wenn dieser Schweizer Umweltstandards nicht erfüllt. Wir sperren die Durchfahrt für den Transitschwerverkehr ohne Russpartikelfilter mit einer entsprechenden Übergangsfrist.
7. Wir sichern die Versorgung unseres Landes mit Energie. Wir verhindern eine Stromlücke mit Massnahmen zum Energiesparen, mit der Förderung von Alternativenergien (Biomasse, Geothermie, Solarwärme), mit einem Ausbau der Wasserkraft und mit der Option Kernkraft.
8. Bis 2020 steigern wir den Anteil an der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien auf 10 Prozent.
9. Die Planungs-, Bewilligungs- und Bauphase eines Kernkraftwerks reduzieren wir auf 12 Jahre: Stimmt die Bevölkerung dem Ersatz älterer Anlagen zu, muss in diesem Zeitraum die Realisierung ermöglicht werden.
10. Wir sorgen für einen günstigen Service public – insbesondere beim öffentlichen Verkehr: Die Unternehmen müssen sich effizienter organisieren, Produktivitätsschritte anstreben und die errungenen Kostenvorteile an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergeben. Wir wollen vom Preisüberwacher eine umfassende Analyse zu den Preisen beim öffentlichen Verkehr und der SBB. Wenn das GA zu teuer wird, steigen die Autobahnkilometer wieder an.
11. In unserem Land wird immer noch viel zu oft auf der "grünen Wiese" gebaut und verschwenderisch mit der Ressource Land umgegangen. Die Kantone müssen sich in der Raumplanung besser koordinieren.

Mitmachen:

Das Programm der CVP überzeugt mich! Ich will mich für die Anliegen des politischen Zentrums engagieren!

- senden Sie mir weitere Unterlagen.
- nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
- informieren Sie mich über die Möglichkeiten einer Kandidatur für kommende Wahlen.

Meine Angaben:

Vorname: _____

Name: _____

Funktionen / politische Ämter: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

E-Mail: _____

Mobiltelefon: _____ Telefon: _____

Einsenden an: CVP Schweiz, Klaraweg 6, 3001 Bern, info@cvp.ch, Fax: 031 352 24 30